

Das Desaster von Kopenhagen

Quo vadis EU-Klimaschutz?

Marcel Seyppel*

» Die Klimakonferenz der UNO im Dezember in Kopenhagen ist kläglich gescheitert. Weit über 100 Regierungsvertreter und einige Hundertschaften an Diplomaten aus 193 Mitgliedstaaten konnten sich auf ein verbindliches Schlussdokument oder gar ein Nachfolgeabkommen für „Kyoto“ nicht einigen. Man wollte lediglich unverbindlich „zur Kenntnis nehmen“, dass die Erderwärmung auf 2 Grad gegenüber den neunziger Jahren begrenzt werden müsste, doch wie? Das blieb ungeklärt.

Emission impossible

La faiblesse de l'Union européenne a été indéniable au sommet de Copenhague en décembre 2009. Divisée sur sa politique environnementale, elle n'a pu parler d'une seule voix au sommet, malgré les objectifs ambitieux de la France, de l'Allemagne et de la Grande-Bretagne.

Le président de la Commission européenne José Manuel Barroso parle d'« *un pas dans la bonne direction* », mais qui ne répond pas aux attentes. Marcel Seyppel dénonce sans détours l'optimisme de circonstance, qui n'est en vérité qu'une tentative de ne pas assumer ses responsabilités. Pour lui, les Européens ont marché tout droit et les yeux ouverts vers la débâcle.

Réd.

Wer das Debakel von Kopenhagen begreifen will, erhält in diesen Tagen Nachhilfe ausgerechnet aus Texas. China will hier für 1,5 Milliarden Dollar eine fast 15 000 Hektar große Windkraftfarm aufstellen. Sie soll ab 2011 mindestens 600 Megawatt Strom produzieren. Die Chinesen schultern das Gros der Kosten und liefern im großen Stil Know-how wie Ingenieursleistungen. Zwei Dinge werden offenbar: 1. Es fehlt in den USA nicht nur an

Knowhow und politischem Willen, sondern auch an Investoren. 2. Technologie und Kapital kommen nicht aus Europa, sondern aus dem Schwellenland China, dem weltweit größten Emittenten an Klimagasen.

Besiegelt ist das Scheitern des USA-*Pickens-Plans*, benannt nach T. Boone Pickens, Ölmilliardär und Großinvestor für Windenergie. Pickens wollte mit erneuerbaren Energien 20 % des US-Stromverbrauchs decken. Der ehrgeizige Plan hatte für die nächsten zehn Jahre Investitionen von über 150 Milliarden Dollar in Windenergie und Biokraftstoffe vorgesehen. Der hohe Ölpreis steigerte das Interesse, einen Korridor von Windrädern und -turbinen zu bauen, der sich von der kanadischen Grenze bis Texas erstrecken sollte. Doch dann stürzte der Ölpreis auf ein Drittel seines Wertes und die Investoren sprangen ab.

Klimaschutz ist zwar nicht nur, aber auch eine Frage des Einsatzes modernster Technologien, um Energiekreisläufe intelligent zu schließen. Treibhausgase lassen sich etwa mittels Energietechnologien wie Solar, Wind, Geothermie oder der – umstrittenen – Kohlenstoffabscheidungs- und Speicherungstechnologie (CCS) reduzieren. Energieeffizienztechnologien greifen gesamtwirtschaftlich ein. Dies ist auch der Kerngedanke des EU-Emissionshandelssystems. Mittels seines *Clean*

* Marcel Seyppel arbeitet als freier Journalist und Berater und ist Geschäftsführer von Media Res GbR, Köln.

Development Mechanism und anderer Programme bemüht sich die EU um einen Technologie-transfer in die Schwellenländer. China ist dadurch zu einem ernsthaften und weitsichtigen Konkurrenten für *Clean Energy* aufgestiegen, doch bleibt das Land auf dem anderen „Klima“-Auge blind. Bei der Aufholjagd der Modernisierung beharrt die Staatsführung darauf, sich an Klimaabkommen nicht zu beteiligen. Chinas „Basta“ war auf Vorbereitungskonferenzen zu Kopenhagen vernehmlich gewesen. Das Land hat billige Kohle und will sie erklärtermaßen auch in Zukunft nutzen. Die Regierung wird auch künftig die Elektrizitäts-Grundlast mit Strom aus Kohlekraftwerken decken. Europa hatte daher in Kopenhagen eher auf die USA gesetzt. Doch wäre die amerikanische Blockadehaltung im Klimaschutz absehbar gewesen, denn das Anliegen ist innenpolitisch nach wie vor nicht auf der Top-Agenda und der US-Senat bremst Obama aus. Das kurzfristige Denken in Kategorien von *Shareholder Value* ist ein ernst zu nehmendes Problem. Die USA boten in Kopenhagen eine Reduktion von 17 % bezogen auf 2005 an. Auf 1990 umgerechnet ergibt dies gerade einmal eine Reduktion um 4 %, und dies auch nur im Rahmen freiwilliger Maßnahmen ohne internationale Kontrolle.

Um die Erderwärmung allerdings auf 2 Grad zu begrenzen, müssten die Emissionen ambitioniert, mindestens um 25 % reduziert werden. Der Weltklimarat fordert gar eine Reduktion von Treibhausgasen um bis zu 40 %. Verbindliche nationale Pläne müssten dafür her, Instrumente wie ein globaler Emissionshandel müssten vereinbart werden, ein Ruck müsste durch Ökonomie und Gesellschaft gehen.

Europa war nur Zaungast

So weit war die EU in Kopenhagen gar nicht gegangen. Auf drei Punkte lässt sich die Position vereinfacht zusammenfassen:

1. Treibhausgase bis 2020 um 20 % gegenüber dem Bezugsjahr 1990 reduzieren – ohne Bedingungen
2. Treibhausgase bis 2020 gegenüber dem Bezugsjahr 1990 um 30 % reduzieren, wenn andere Industriestaaten mitziehen

3. Entwicklungshilfe gemeinsam aufstocken. Das finanzielle Angebot der EU für die Entwicklungsländer nahm sich mit 7,2 Mrd. allzu bescheiden aus. Experten der Europäischen Kommission gehen ab 2020 von einem Bedarf von 100 Mrd. Euro aus: aber jährlich!

Fakt ist: In Kopenhagen hat sich so gut wie nichts an den festgefahrenen Positionen der Hauptakteure geändert. Das eigentliche Problem in Kopenhagen lag demnach auf der strategischen, nicht taktischen Ebene, begründet in wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessensgegensätzen. Als die Stunde der Wahrheit schlug, wurde klar: Die EU war nicht Vorreiter, sondern Zaungast eines klimaweltpolitischen Abgangs. Die USA sprachen mit China, China mit Indien, alle mit den Entwicklungsländern, mit Sudan als Sprecher der Armen. Ein Schock für die stolze europäische Diplomatie. Ihre Pressekonferenzen blieben weitgehend leer mangels interessanter Ideen, wie China, die USA und Entwicklungsländer eingebunden werden könnten.

Auch die Nichtregierungsorganisationen, die in Kopenhagen eher unwillkommen waren und in der Schlussphase gar ausgesperrt wurden, beginnen sich zu fragen, ob das Klima wirklich dadurch geschützt wird, dass man alle Kräfte auf ein globales Abkommen richtet. Ist die UNO überhaupt ein geeigneter Akteur, wenn es dafür den Konsens aller Staaten braucht? Im Gegensatz zu solch nachdenklichen Stimmen bemühte sich EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Abschlusspressekonferenz um Schadensbegrenzung: *„Das Abkommen ist ein richtiger Schritt, aber es bleibt eindeutig hinter unseren ehrgeizigen Zielen zurück.“* Trotz-tröstend bezeichnete er den erzielten „Kompromiss“ als einen *„wichtigen Schritt“*, da es zum ersten Mal auf dieser Ebene gelungen sei, Teilnehmer mit der Vereinbarung an Verpflichtungen zu binden, die sich zuvor nicht an derartigen Maßnahmen beteiligt hätten. So etwas nennt man auch Schönreden und Zweckoptimismus. In Wahrheit ist dies Versuch, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Denn Barroso und das Gros der EU-Regierungschefs – unter ihnen Angela Merkel – stellen sich der Diskussion nicht, ob eine andere Strategie einzuschlagen wäre. Sie wollen nicht wahrhaben, dass sie offenen Auges

und alternativlos in das Desaster hinein marschiert waren. Stattdessen stellt man sich lieber vor Dänemark, das wegen der organisatorischen und taktischen Pannen ins Kreuzfeuer der Kritik geraten war. Hinzu kommt die Entmachtung der EU mit Auswirkung auf das außenpolitische Gewicht der EU in der Welt – ein Schock. Die neu ernannte EU-Außenministerin Catherine Ashton sprach bei ihrer Anhörung – schon ganz die Diplomatin – nur von „Machtveränderungen“ und forderte „richtige Antworten“, auch wenn sie diese selbst schuldig blieb.

Kein Wunder, denn die EU ist in der Klimapolitik gespalten: Vor allem Deutschland und England verfolgen ehrgeizige Klimaziele von 30 bis 40 % Minderung bis 2020 (Koalitionsvertrag: 40 %). Auch Frankreich steht solchen ehrgeizigen Zielen als Land des Atomstroms nicht fern. Doch das war es auch schon. Dagegen sind die osteuropäischen Staaten und Südeuropa, zu deren Sprecher sich Polen und Italien aufgeschwungen haben. Aber auch Ungarn und die baltischen Staaten wollen keine Verschärfung und sagen dies deutlich. Unter dem Strich: Für eine ehrgeizige Klimapolitik gibt es im Ministerrat keine Mehrheit, im Gegenteil. Angesichts des Scheiterns in Kopenhagen ist die Union sogar tiefer gespalten denn je. Die von Deutschland geforderte Aufstockung auf 30 % fand im Ministerrat keine Mehrheit. Die EU hat sich von ehrgeizigen Forderungen vorerst verabschiedet. Das macht die allgemeine Ratlosigkeit mehr als deutlich.

Alle müssen mitmachen

Dies wäre der Abschied von Kants kategorischem Imperativ: „Handle so, dass die *Maxime* deines Willens jederzeit zugleich als *Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung* gelten könne.“ Nur so würde die Europäische Union zu einer neuen Führungsrolle und neuer Glaubwürdigkeit zurückfinden. Dagegen stemmen sich allerdings führende Vertreter der Wirtschaft auch im Vorreiterland Deutschland, gestützt auf die These, dass verschärfter Klimaschutz sich nur rechnet, wenn alle mitmachen. Dabei haben die Experten vor allem die kurzfristigen Kosten für Investitionen und sich verteuernde Exportgüter im

Augen. Die Gegenrechnung, dass Energieeffizienz mittelfristig Kosten einspart und sich Investitionen in der Regel innerhalb von weniger als zehn Jahren amortisieren, lassen sie nicht gelten.

Bedenkenserwerter erscheint das Fazit von Jürgen Maier, Geschäftsführer des NGO-Forums Umwelt & Entwicklung: *„Im Konsens ist die Welt noch nie verändert worden, sondern immer gegen den Widerstand derjenigen, die am Status quo verdienen und sich nicht auf neue Verhältnisse einstellen können oder wollen. Das ist auch beim Klimaschutz so. Daher wird es so schnell keinen UN-Konsensbeschluss geben, der annähernd das beinhaltet, was nötig wäre, um den Klimawandel zu stoppen und den globalen Strukturwandel voranzubringen. Die Veränderungen müssen dann auf andere Weise kommen.“*

Dies müssen vorerst bilaterale und multilaterale Abkommen sein, in denen die wirklichen Vorreiter und Vorbilder punkten werden. Die Basis dieser außenpolitischen Klimaoffensive der EU müssen deutlich aufgestockte Klimafonds sein, in denen Pilotprojekte mit Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung gekoppelt werden. Neue Märkte müssen gestärkt werden. Die Arbeit in und mit der öffentlichen Meinung muss integraler Bestandteil aller Vereinbarungen sein. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu verändern, nicht nur in Europa, ist ein zentrales Anliegen, das in das klimapolitische Abkommens-*Spinnennetz* eingewoben werden muss, mit dem Ziel, die Hochsubventionierung von billiger fossiler Energie Land für Land auszumerzen und durch eine regenerative Energiegrundlastherzeugung zu ersetzen, auch in Indien und China. Hierfür wurde bislang allzu wenig getan.

Diese Rahmenbedingungen sind allerdings ausschlaggebend dafür, dass Kapital in energieeffiziente Investitionen und erneuerbare Energien fließen – unabhängig vom kurzfristigen Ab (und langfristigen Auf) der Energiepreise. Da ist die ersatzlose Streichung von Subventionen für die Solarbranche in Deutschland eher ein Schritt in die falsche Richtung. Denn zum Desaster von Kopenhagen kommt hinzu, dass Europa die Position der technologischen Führerschaft streitig gemacht wird. Das lehrt uns nicht zuletzt der Blick nach Texas.